von der Polizei vorläufig festgenommen worden sind. Da bei wirklich kriminellen Personen eine Unterbringung in Gemeinschaftshaft den Erfolg eines Untersuchungsverfahrens regelmäßig gefährdet, werden im Polizeigewahrsam vorwiegend Hilfsbedürftige, Betrunkene und aus anderen Gründen (gemäß § 15 des Pr. PolizeiverwaltungsG. vom 30. VI. 1931 — GS. 77) in Schutzhaft genommene Personen eingeschlossen werden sowie solche, die sich durch eine Übertretung strafbar gemacht haben und wohnungslos sind (Landstreicher, Bettler, Arbeitsscheue). Der Aufenthalt im Polizeigewahrsam soll in der Regel 24 Stunden nicht überschreiten. Fürsorgezöglinge und Jugendliche müssen unverzüglich den Wohlfahrtsstellen u. dgl. zugeführt werden, ebenso Kranke und Hilfsbedürftige; Obdachlose sind der Verwaltungspolizei zur Unterbringung (Städtisches Obdach, Asyl) zu überweisen. Die Zusammenarbeit der Beamten des Polizeigewahrsams mit allen Fürsorgestellen ist möglichst eng zu gestalten. Ferner ist für schleunige Vorführung der Bettler usw. vor den aburteilenden Richter Sorge zu tragen.

Im übrigen wird auf die Ausführungen in dem vorstehenden Artikel verwiesen.

Max Hagemann.

Polizeihunde.

I. Die Verwendung des Hundes zum Schutz von Eigentum und Leben der Menschen ist fast so alt wie die Geschichte der Menschheit. Für die schon im Altertum verbreitete Kenntnis von dem stark ausgebildeten Geruchssinn des Hundes sowohl wie insbesondere von seinem Nasengedächtnis liefert uns Homer einen Beleg, indem er den nach 20 Jahren in veränderter Gestalt heimkehrenden Odysseus nur von seinem alten Hunde erkannt werden läßt. Während der Zusammenhang zwischen Kriminalistik und Schutzhund uns u. a. schon aus dem Mosaik Pompejis, dem *cave canem*, ersichtlich ist, fehlt es — wenigstens für Europa — an einem sicheren Beweise für eine kriminalistische Verwendung des Geruchssinnes des Hundes. Der Such- oder Fährtenhund im Dienste der Verbrechensbekämpfung ist eine Errungenschaft der Neuzeit. Der Fehler, zwischen Schutzhund und Suchhund nicht genügend scharf unterschieden zu haben, hat die Entwicklung des Polizeihundwesens erheblich beeinträchtigt. Da Höchstleistungen verlangt wurden und werden mußten, war der Versuch, einen Universalhund zu züch-

ten, der sowohl auf dem Gebiet der Schutzwie der Suchhundarbeit wirklich etwas leisten sollte, zum Scheitern verurteilt. Einzelne Ausnahmen vermögen die Regel nur zu bestätigen.

II. A. Der Schutzhund (Begleithund) ist, wie die Bezeichnung sagt, dem Beamten, insbesondere dem patrouillierenden oder auf Dienstgängen in einsamer Gegend begriffenen Beamten zu seinem persönlichen Schutz beigegeben. Er soll etwaige gegen den Beamten gerichtete Angriffe auf Kommando abwehren und seinerseits zum Angriff oder zur Verfolgung des flüchtenden Angreifers übergehen. Zu diesem Zweck muß er vor allem möglichst stock- und hiebfest sein, d. h. der Hund darf sich vor einem mit einem Stocke bewehrten Angreifer nicht fürchten und etwaige ihn treffende Hiebe dürfen seine Wehrlust nicht vermindern. Die richtige Dressur muß aber dafür sorgen, daß der Hund lernt, sich nicht wahllos Hieben auszusetzen, denen sein Körper doch nur bis zu einem gewissen Grade stand halten kann, sondern daß er, ohne zuzupacken, den gegen ihn geführten Schlägen ausweicht, den Schlagenden aber bellend umkreist und so in Schach hält. Über diese eigentliche Schutztätigkeit hinaus soll der Hund aber als treuer Begleiter seine geschärfte Sinneswahrnehmungsfähigkeit in den Dienst seines Herrn stellen und dadurch dessen eigene Beobachtungstätigkeit unterstützen. Er soll ihn durch bestimmtes Verhalten auf ungewöhnliche Geräusche, auf die Annäherung fremder Personen und Tiere aufmerksam machen. Schließlich soll er in der Lage sein, auf Befehl bestimmte Gegenstände zu bringen und zu diesem Zweck Hindernisse wie Zäune und Gräben zu überwinden, ferner abgelegte Gegenstände zu bewachen, Annäherungen Dritter an diese auch in Abwesenheit seines Herrn zu verhindern, dabei die Annahme von Futter zu verweigern, durch Lautgeben Hilfe herbeizurufen und schließlich auch Geländeabschnitte nach Menschen und Gegenständen abzusuchen, beim Finden zu verbellen, aber nicht anzugreifen, sie an Ort und Stelle festzuhalten bis der Herr herbeigekommen ist. Daß der vereinsamte Hund zur Selbstwehr gegen Angriffe erzogen werden muß, versteht sich von selbst. — Aus der Verschiedenheit der Aufgaben des Kriminalbeamten und des Schutzpolizeibeamten ergibt sich, daß bei dem Begleithund des letzteren die Schutztätigkeit, bei dem des ersteren aber die Stöber- und Verweisungstätigkeit im Vordergrund steht.

Die ersten Anfänge des Polizeidiensthundwesens in Preußen fallen in das Jahr 1905. Durch Initiative eines Majors der

uniformierten Polizei wurden damals diejenigen Beamten des Polizeipräsidiums Berlin zusammengefaßt, die sich aus Liebe zur Sache aus eigenen Mitteln einen Hund angeschafft und für den Polizeidienst abgerichtet hatten. Von privater Seite wurde in selbstloser Weise ein in Karlshorst gelegenes Übungsgelände mit darauf errichteten Schuppen und Unterkunftsräumen zur Verfügung gestellt. Fünf Beamte als Führer von fünf Hunden waren der Anfang, aus dem sich die jetzt in Grünheide (Mark) befindliche große staatliche Zucht- und Abrichteanstalt entwickeln sollte. Bereits 1906 wurden Führer und Hunde auch der Kriminalpolizei zur Ermittlungszwecken zur Verfügung gestellt. Pläne zur Errichtung einer staatlichen Stelle, in der nach einheitlichen Grundsätzen gearbeitet, das gesamte Diensthundwesen zusammengefaßt und für ganz Preußen einheitlich geregelt werden sollte, tauchten auf. Erfolge, unzweifelhaft echte, anfechtbare und unkontrollierbare, auf dem Gebiete der kriminalistischen Ermittlungsarbeit, führten in den nächsten Jahren zu einer etwas voreiligen Überschätzung der Fähigkeiten des Such-(Kriminal-)hundes. In Wahrheit war die Zeit noch nicht reif für ein Herausstellen des Suchhundes, der durch eine sensationelle Aufmachung der Berichte über seine an das Wunderbare grenzenden angeblichen Erfolge von unkritischen und gewissenlosen Zeitungsschreibern in der Öffentlichkeit weit mehr gefeiert wurde, als es im Sinne der verantwortlichen Stellen lag. Die scharfe Trennungslinie zwischen Suchhund und Schutzhund wurde nicht immer eingehalten, die gründliche Ausbildung des letzteren in weiser Beschränkung auf die ursprünglichen Eigenschaften eines durchschnittlich begabten Hundes kam zu kurz und dies beides, Überschätzung außergewöhnlicher Fähigkeiten und ungenügende Schulung natürlicher Anlagen, hätte auch ohne die dann leider einsetzenden persönlichen Streitigkeiten und Intrigen — ein Verhängnis, das von je her auf der Polizeihundsache gelastet hat, — genügt, um den Rückschlag herbeizuführen, der vielleicht notwendig war, um Neues und Beständigeres zu schaffen. Der Krieg tat das Seinige, um die begonnene Entwicklung in völlig andere Bahnen zu lenken, aber die im Kriege an Melde- und Sanitätshunden gemachten Erfahrungen erwiesen sich dann später als ungemein fördernd für den Neuaufbau des Polizeihundwesens.

Grundlegende Bestimmungen für Preußen enthalten die Runderlasse über die Führung von Diensthunden in der Landjägerei vom 12. V. 1911 (MinBliv. S. 179) und in der Schutzpolizei vom 18. XII.

1922 (MinBliv. 1923 S. 19). Als geeignete Hunde kommen in Frage die Rassen: deutscher Schäferhund, Dobermannpinscher, Riesenschnauzer, Boxer, Rottweiler und Airedaleterrier. — Auf einer Konferenz der Sachbearbeiter des Polizeidiensthundwesens der deutschen Länder im Mai 1927 in Dresden wurde eine Prüfungsordnung für Diensthunde der Polizei und Landjägerei beraten und einstimmig angenommen (Vorschriften für die staatliche Polizei Preußens Nr. 33). Diese Prüfungsordnung ist in Preußen der Ausbildung der Diensthunde für die Polizei und Landjägerei in der staatlichen Zucht- und Abrichteanstalt für Polizeihunde in Grünheide i/M. (über deren Gründung vgl. RdErl. vom 30. I. 1912 — MinBliv. S. 31) zu Grunde gelegt worden. Im Interesse einer einheitlichen Ausbildung wurde die Anwendung anderer Ausbildungsmethoden verboten. — Die Diensthunde der Schutzpolizei und Landjägerei werden in der staatlichen Abrichteanstalt in erster Linie als Schutz- und Begleithunde ausgebildet und können daher in der Regel auch nur als solche verwendet werden. Die Inanspruchnahme von Polizeidiensthunden als Spürhunde zu Ermittlungen im Kriminaldienst ist nur statthaft, wenn der Stand der Ausbildung von Führer und Hund die Gewähr dafür bietet, daß sie den an sie zu stellenden Anforderungen entsprechen können. Damit ist in wünschenswerter Weise der deutliche Trennungsstrich zwischen den beiden Arten von Polizeihunden gezogen.

Die Hunde, welche den in Lehrgängen an der staatlichen Zucht- und Abrichteanstalt für Polizeihunde in Grünheide — es werden jährlich mehrere abgehalten, die auch von Beamten der Gemeindepolizei besucht werden können (RdErl. vom 18. I. 1932 — MinBliv. S. 73) — ausgebildeten Diensthundeführern zugeteilt werden, bleiben Eigentum des Staates bzw. des Kreises, der Stadt usw., sollen aber im übrigen auf das engste mit ihrem Führer verwaschen. Der Diensthundeführer hat seinen Hund daher stets bei sich zu haben, ihn also außerhalb der Dienststunden in seiner Wohnung unterzubringen und zu verpflegen, damit sich der Hund durch das ständige Zusammenleben vollkommen an seinen Führer gewöhnt und nicht fremden Einflüssen ausgesetzt ist, die geeignet sind, seinen Wert für den Polizeidienst herabzusetzen (RdErl. Min. d. I. vom 17. XII. 1926 — MinBliv. S. 1104). Daher ist die Errichtung von Zwingern für die Diensthunde nicht vorgesehen. Die Unterbringung in einem Zwinger kann nur in Ausnahmefällen, die den Aufenthalt des Hundes bei seinem

Führer ausschließen (Erkrankung desselben), und um die Zuteilung des Hundes an einen fremden Führer oder an einen zum Diensthundführer nicht ausgebildeten Beamten zu vermeiden, in Frage kommen. Regelmäßige Zwingerhaltung ist ausdrücklich untersagt, weil sie den Hund zum Polizeidienst untauglich macht.

Als Entschädigung für die Unterhaltung der ihnen zugeteilten Diensthunde erhalten die Diensthundführer in Preußen 45 Pfg. je Hund und Tag, in Bayern 60 Pfg., in Württemberg 65 Pfg. Darin sind auch die im Haushalt notwendig werdenden Aufwendungen für Lagerstatt, Reinigungsmaterialien usw. sowie die Kosten des Diensthundführers für Selbstversicherung, gegen Haftpflicht eingegriffen (RdErl. Min. d. I. vom 8. VI. und 5. X. 1932 — MinBliv. S. 590, 1070). Eine gleichmäßige Festsetzung auf etwa 60 Pfg. wird notwendig sein, da sich herausgestellt hat, daß bei voller dienstlicher Inanspruchnahme des Hundes mit weniger nicht auszukommen ist.

Während das Führen eines Diensthundes von der Erfüllung der im RdErl. vom 12. V. 1911 genannten Bedingungen, insbesondere von der erfolgreichen Ausbildung des Führers und mithin von einer Erlaubnis der vorgesetzten Dienststelle abhängig ist, bleibt es dem Landjägerbeamten unverwehrt, sich zu seinem Schutze einen privateigenen Hund zu halten. Er darf selbstverständlich im Falle der Notwehr des Beamten, nicht aber zur Erfüllung irgendwelcher dienstlicher Obliegenheiten benutzt werden (vgl. RdErl. Min. d. I. vom 16. II. 1919, 12. XI. 1923 und 3. IV. 1924 — nicht veröffentlicht). Die Führung des privateigenen Schutz- oder Begleithundes im Dienst ist nur mit Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde zulässig. Der Beamte muß sich verpflichten, für jeden von dem Hunde angerichteten Schaden selbst aufzukommen. Da jedoch das Halten eines zum Schutze des meist auf einsamem Posten stehenden Landjägerbeamten geeigneten privateigenen Hundes auch im Interesse des Staates liegt, kann dem Eigentümer eine staatliche monatliche Beihilfe gewährt werden. Ihre Höhe wird jedes Jahr neu festgesetzt; zur Zeit beträgt sie in Preußen 8 RM. Die Beihilfe wird jedoch nur dann gezahlt, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind: Zugehörigkeit des Hundes zu einer der als Polizeihund geeignet angesehenen Rassen, ferner ein gewisser Grad der Ausbildung des Hundes und Fähigkeit des Beamten zu seiner Führung. Fehlt es hieran, wovon sich der zuständige Landrat in geeigneter Weise zu überzeugen hat, so ist dem Beamten die

Erlaubnis zum Mitführen des Hundes zu entziehen.

Die Polizeidiensthunde genießen Steuerfreiheit. Den im Eigentum des Staates, der Kreise und Amtsbezirke stehenden Hunden sind insoweit auch die im dienstlichen Interesse gehaltenen Schutz- und Begleithunde der Landjägerbeamten gleichgestellt, die zwar Eigentum des Beamten sind, deren Unterhaltskosten aber durch eine ihnen gewährte Beihilfe wesentlich vom Staat getragen werden (RdErl. Min. d. I. vom 30. VI. 1922 — MinBliv. S. 653 — und vom 23. VII. 1929 — MinBliv. S. 702).

Die gesundheitliche Überwachung der Polizeidiensthunde hat in der Regel durch die Polizeiveterinärärzte zu erfolgen (RdErl. Min. d. I. vom 29. VIII. 1929 — MinBliv. S. 786).

Den Dienst der als Diensthundeführer ausgebildeten Polizeibeamten regelt im einzelnen der örtliche Polizeiverwalter. In Berlin besteht eine besondere Dienststelle „Diensthundführer“, bei der Tag- und Nachtdienst eingerichtet ist.

B. Die Jahrhunderte alten Erfahrungen mit Jagd- und Hirtenhunden und ihren dem Laien oft geradezu unerklärlichen auf dem Geruchssinn beruhenden Leistungen, die übertriebenen Nachrichten von mißverstandenen Erfolgen menschlicher Fährtenmacher, der Black Trackers, in den Sklavenländern Afrikas und Amerikas — sie beruhen in Wahrheit auf dem ungewöhnlich geschärften Gesichtssinn, der sie zur Wahrnehmung auch der unbedeutendsten Bodenspuren, geknickter Gräser, Sträucher usw. befähigt, — legten den Gedanken nahe, auch den Geruchssinn in den Dienst der Verbrechensbekämpfung zu stellen. Durch den ungeahnten Fortschritt der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse gegen Ausgang des 19. Jahrhunderts, denen die moderne Kriminalistik ja überhaupt ihren entscheidenden Anstoß verdankt, erhielten auch jene Gedankengänge eine neue Belebung und Unterstützung. Bewies doch die Chemie, daß selbst der menschliche Geruchssinn unvorstellbar geringe aber trotzdem genau feststellbare Mengen, z. B. $\frac{1}{100\,000\,000}$ mg Markaptan wahr zu nehmen vermag. Das Problem: was ist Geruch?, eine dem Laien wegen der anscheinend selbstverständlichen Antwort unbegreifliche Frage, erfuhr eine nicht für möglich gehaltene Erweiterung und Vertiefung, ohne jedoch bis heute eine befriedigende Lösung gefunden zu haben.

Hundefreunde und -züchter haben um die Jahrhundertwende nicht müde, immer wieder auf die sich durch Dressur von

Polizeihunden bietenden Möglichkeiten für die Verbrechenaufklärung hinzuweisen. Der erste praktische Versuch wurde meines Wissens im Jahre 1896 in Hildesheim mit der Einstellung von zwölf Polizeihunden unternommen. Bald darauf folgte das benachbarte Braunschweig. In Österreich beschäftigte sich Hans Groß mit der Idee des Kriminalhundes, und schon 1901 trat er in der ganzen Bewegung stets in weiser Mäßigung führend gebliebene Leiter des „Vereins für deutsche Schäferhunde“, von Stephanitz, mit einer Abhandlung „Der Hund im Polizeidienst“ auch für die Verwendung des Suchhundes ein, indem er auf das Beispiel der Genter Polizei hinwies. Im folgenden Jahre erfolgte die Gründung des ersten Polizeihundvereins (PHV. zunächst in Hagen i/W., später in Duisburg). Ihm ist die Veranstaltung der ersten öffentlichen Polizeihundprüfungen zu verdanken, die hauptsächlich propagandistischen Wert hatten. Als es durch Herausgabe der populären Beilage „Der Polizeihund“ zu der Zeitschrift „Die Polizei“ gelang, den verschiedenen Vereinen und Gruppen ein gemeinsames Sprachrohr zu schaffen, fand auch die Idee der Verwendung des Hundes zur Aufspürung von Verbrecherfährten schnelle Verbreitung und die ersten Nachrichten über Erfolge von Polizei-Suchhunden ließ geradezu eine Begeisterung aufflammen, nicht nur bei Polizeibeamten, sondern auch bei Staatsanwälten und Richtern. Die Frage nach der für die Fährtenuche am besten geeigneten Hunderasse wurde vielleicht ein wenig vorschnell und einseitig unter Berufung auf das in das Gebiet der Biologie übertragene Gesetz von der Erhaltung der Kraft dahin beantwortet, daß eine Rasse auf einem Sondergebiet um so leistungsfähiger sein müsse, je länger die Voreltern auf dem gleichen oder einem ähnlichen Gebiete Verwendung fanden. Dementsprechend fiel die Wahl auf den deutschen Schäferhund, und die praktische Erfahrung der letzten 40 Jahre hat unzweifelhaft diese Entscheidung gerechtfertigt; ohne die Eignung einiger anderer Rassen zur Züchtung von Suchhunden zu bestreiten, muß doch die Überlegenheit des deutschen Schäferhundes auf diesem Gebiete nach wie vor anerkannt werden. Die besonderen Erfolge von einzelnen Hunden anderer Rassen sind Ausnahmen geblieben und vermögen als solche nur die Regel zu bestätigen. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß die Überlegenheit des deutschen Schäferhundes, die auf durch Jahrhunderte fortgeführte Vererbung immer in gleicher Weise geschulter Anlagen beruhende besonders starke Aus-

bildung der nervösen Leitungsbahnen, auch gleichzeitig die Gefahr einer übergroßen allgemeinen Nervosität mit umschließt. Aus diesem Grunde dürfen die Züchtungsversuche mit anderen Rassen nicht aufgegeben werden, schon um der Gefahr einer Überzüchtung des deutschen Schäferhundes als Suchhund rechtzeitig begegnen zu können.

Im Jahre 1913, also ungefähr 10 Jahre nach den ersten zweifellos in unkritischer Weise von der Tagespresse entfesselten Beifallsstürmen über die Fähigkeiten und Leistungen der Kriminalhunde, setzte der Rückschlag ein. Überraschend erklärte der damals gerade berufene neue Leiter der Zucht- und Abrichtanstalt in Grünheide, daß es einen Kriminalhund in dem bisher angenommenen Sinne nicht gebe; kein Hund sei imstande, eine auch nur einige Stunden alte menschliche Spur einzuhalten, noch viel weniger aber die Spuren verschiedener Menschen zu unterscheiden; die erzielten Erfolge seien auf bewußte Täuschung oder auf Selbsttäuschung der Hundeführer zurückzuführen. — Eine von der vorgesetzten Dienstbehörde daraufhin angeordnete Prüfung der Kriminalhunde der Anstalt Grünheide fand unter objektiv ungünstigen Verhältnissen statt. Ihr Ergebnis schien der aufgestellten Behauptung recht zu geben; die sonst vielfach erfolgreichen Hunde vermochten unter ihren bislang bewährten Führern die ihnen gestellten, allerdings völlig neuartigen Aufgaben nicht zu lösen. Die Stimmung der Öffentlichkeit schlug plötzlich um. Aus den Lobpreisungen verfiel sie wieder in das Schlagwort von dem „Hunde auf Menschen hetzen“, das die Bewegung bereits zu ihrem Beginn in gänzlich unberechtigter Weise geschädigt hatte. Leider bekamen gerade diejenigen, die an allem wirklich unschuldig waren, nämlich die braven Beamten, die nur ihre Pflicht getan und aus Liebe zur Sache mit unendlicher Mühe und Aufopferung das Suchhundwesen aufgebaut hatten, die Wirkungen zu spüren, denn vom Preußischen Minister des Innern erging der Erlaß, daß „Kriminalhunde fernerhin nicht mehr zu verwenden seien“. Der sich an jene denkwürdige Prüfung in Karlshorst im Jahre 1914 anschließende Kampf zwischen den Verfechtern der verschiedenen Ansichten wurde in gehässig persönlicher Weise mit Verdächtigungen und mit Schlimmerem geführt. Alle dem machte der Krieg ein Ende, aber die Erbitterung blieb und bebte noch lange Jahre nach.

Als nach Beendigung des Krieges an einen Wiederaufbau des Polizeihundwesens gedacht werden konnte, verfügte man dank der mit Sanitäts- und Kriegsmeldehunden

gemachten Erfahrungen über bessere Kenntnisse auf dem Gebiete der Tierpsychologie. Man hatte einsehen gelernt, daß den Fähigkeiten der Hunde verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt sind, und man hätte in ihrem Rahmen in praktischer Arbeit ruhig aufbauen können. Aber leider wurde der schon fast in Vergessenheit geratene und praktisch jedenfalls mehr oder weniger überholte Meinungsstreit neu entfacht. Zwar wurde er der Sphäre des Persönlichen entrückt und mehr in die der wissenschaftlich-theoretischen Forschung verlegt. „Rein wissenschaftlich“ sollte festgestellt werden, ob es spurenreine Suchhunde gibt, d. h. solche, die eine von einer bestimmten Person gelegte Spur von anderen Spuren zu unterscheiden vermögen und sie trotz Überschneidungen einhalten. Während es über die ausgeklügelten Versuche, die das Für oder das Wider beweisen sollten und bei denen sogar mit Schwebesitzen und mit einer „künstliche Spuren“ herstellenden Maschine gearbeitet wurde, zu sehr temperamentvollen Auseinandersetzungen u. a. in einer Sitzung der Psychologischen Gesellschaft zu Berlin kam, während man sich theoretisch über Individual- und Artgeruch, über Eigengerüche, Beigerüche und Mischgerüche stritt, versäumte die neue Leitung der Anstalt in Grünheide und vor allem die kleine Truppe der alten Suchhundführer bei der Berliner Kriminalpolizei glücklicherweise nicht, das im Augenblick einzig Richtige zu tun, nämlich methodisch aufgebaute praktische Arbeit zu leisten und deren Ergebnisse zusammenzustellen. Man ließ sich darin auch nicht dadurch irre machen, daß die breitere Öffentlichkeit einseitig für den Streit interessiert wurde, indem alarmierende Zeitungsberichte erschienen, nach denen Unschuldige allein auf das „Zeugnis“ des Polizeihundes, auf sein Verbellen hin, zu schweren Strafen verurteilt sein sollten. Diese Darstellungen gipfelten in der zu einem irreführenden und nicht gerade geschmackvollen Schlagwort formulierten Forderung: „Der Kriminalhund muß aus dem Gerichtssaal verschwinden!“ Zutreffend ist, daß einige — mir sind zwei bekannt — Wiederaufnahmeverfahren in Strafsachen, in denen im Ermittlungsverfahren mit einem Suchhund gearbeitet worden war, zur Aufhebung der ergangenen Urteile führten. Die Verurteilungen waren jedoch — was in der Öffentlichkeit keineswegs betont wurde — durchaus nicht etwa nur auf das durch Sucharbeit des Hundes geschaffene Indiz gestützt worden, noch erfolgte die Freisprechung auf Grund des Nachweises der Unrichtigkeit gerade dieses Indizes, sondern vielmehr in-

folge der besonderen im Wiederaufnahmeverfahren nun einmal gegebenen Prozeßlage. In Wahrheit war die Würdigung des Beweiswerts der Suchhundarbeit von Anfang an dieselbe wie heute: kein Richter oder Staatsanwalt war sich darüber im Zweifel, daß das Verhalten eines Suchhundes keinen schlüssigen Schuldbeweis schaffen kann, wenn nicht andere Umstände, wie z. B. Auffinden der gestohlenen Gegenstände, Geständnis usw. hinzutreten. Einzig auf die durch den Suchhund zu Tage geförderten objektiven Tatsachen, nicht auf die der kritischen Nachprüfung durch menschlichen Verstand sich entziehenden Erscheinungen, z. B. Verbellen, kommt es an. Irrrende Richter und Polizeibeamte wird es geben, solange es irrende Menschen gibt. Auch werden sich neben geschickten Untersuchungsführern immer auch weniger gewandte und weniger einsichtige finden. Die Möglichkeit von Fehlern kann aber niemals dazu führen, auf ein Ermittlungsinstrument — mehr ist auch der beste Suchhund nicht — zu verzichten, das in der Hand eines erfahrenen Beamten Vorzügliches zu leisten vermag. Darüber, daß die wertende Arbeit des Kriminalisten erst beginnt, wenn die technische Arbeit des Hundeführers beendet ist, konnte bei unbefangener Beurteilung der Verhältnisse niemals ein Zweifel obwalten.

Über die einst heiß umstrittenen Fähigkeiten eines Suchhundes kann, nachdem die Ergebnisse praktischer und theoretischer Arbeit einen Ausgleich der Auffassungen bewirkt und auch äußerlich einen Frieden herbeigeführt haben, nach dem augenblicklichen Stande der Erfahrungen immerhin Abschließendes gesagt werden. Zu seinem Verständnis ist Folgendes vorzuschicken:

Da im polizeilichen Sprachgebrauch eine Spur immer etwas Vereinzelt und mit menschlichen Sinnen z. B. mit dem bloßen oder dem bewaffneten Auge Wahrnehmbares ist, z. B. Fußspur, Kratzspur, Schleifspur, so empfiehlt es sich, die Mehrheit der von ein und derselben Person zurückgelassenen Spuren, die in ihrer untrennbaren Gesamtheit sich als etwas Besonderes darstellt, auch von Einzelspuren zu unterscheiden. Man bedient sich daher beim Vorhandensein zahlreicher Fußspuren und ihrer sichtbaren und unsichtbaren Folgeerscheinungen heute der Bezeichnung Fahrte. Das Wort Fahrtenhund wird daher nicht nur dem neu gewonnenen erweiterten Begriff der Fußspur, die er zu verfolgen hat, gerecht, sondern umschreibt auch die ihm gestellte Aufgabe genauer als die verschwommenen und teilweise mißverständlichen Bezeichnungen Polizeihund, Kriminalhund, Such- oder Spür-

hund. Ausschlaggebend für die Beurteilung der ganzen Frage ist aber der früher insbesondere bei den „Prüfungen“ immer übersehene Umstand, daß infolge der dem Tier gesetzten natürlichen Grenzen kein Hund mehr und anderes leisten kann, als wozu er dressiert ist; nur insoweit vermag er die in ihm liegenden Fähigkeiten dem Menschen ersichtlich zu machen. Hieraus erklären sich so viele Versager der auch sonst schon früher von erfahrenen Praktikern mit guten Gründen als Beweismittel von höchst problematischem Werte angesehenen ehemaligen Prüfungsaufgaben.

Auf diesen Erkenntnissen fußend konnten nach gemeinschaftlicher Beratung der Sachbearbeiter und Fachleute der meisten deutschen Länder, insbesondere von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hamburg und Bremen, auf einer im Frühjahr 1931 in München stattfindenden Konferenz folgende für die Abrichtung und Verwendung von Polizeifährtenhunden richtungweisenden Grundsätze aufgestellt werden, die in ihrer Gesamtheit einen gewissen Abschluß in der Entwicklung der Polizeihundfrage darstellen. Sie sollen, da sie unbeschadet der weiter im Fluß befindlichen Forschungsarbeit heute völlige Geltung beanspruchen, hier wiedergegeben werden, zumal da sie nur an weniger zugänglichen Stellen veröffentlicht sind:

1. Es ist möglich, Hunde so fährtsicher abzurichten, daß sie alte und lange Menschenfährten mit einem hohen Trefferprozentsatz über jüngere und ältere Verleitungsfährten hinweg ausarbeiten. Durch die Arbeiten der Hunde können für den kriminalistischen Ermittlungsdienst verwertbare Tatsachen erbracht werden.

2. Welcher Geruch für den fährtsicheren Hund in jedem Einzelfalle spurleitend ist, ist noch nicht bekannt. Nach der heutigen Erkenntnis ist anzunehmen, daß sich der fährtsichere Hund auf der alten, kalten Menschenfährte, wie sie kriminalpraktisch fast immer vorliegt, nicht nach dem „Eigengeruch“ des Menschen, der die Fährte gegangen ist, sondern nach dem „spezifischen Fährtengeruch“ richtet und daß die spurleitenden Gerüche auf einer längeren Fährte situationsgemäß verschieden sind.

Es ist deshalb falsch, einem fährtsicheren Hunde an einem zurückgelassenen oder auf andere Weise beschafften Gebrauchsgegenstand des zu suchenden Menschen Witterung zu geben. Zum Witterunggeben ist vielmehr eine Bodenstelle erforderlich, auf welcher der zu Suchende mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit verweilt hat oder umhergegangen ist.

3. Der Hund führt nur in seltenen Fällen vom Tatort zum Täter; er ist deshalb für den praktischen Regelfall, nicht für den Ausnahmefall abzurichten.

4. Der zur Fährtenarbeit gut veranlagte, aberichtete und verwendete Hund ist im Ermittlungsdienst ein wertvolles kriminaltechnisches Hilfsmittel im Rahmen aller anderen kriminaltechnischen Hilfsmittel.

5. Der Fährtenhund hat lediglich auf der Fährte zu arbeiten, die als Täterfährte oder als Fährte einer zu ermittelnden Person anzusehen ist.

6. Der Hund wird auch unter günstigen Bedingungen eine solche Fährte oft nur teilweise ausarbeiten. Auch dabei kann er aber durch das Aufzeigen bestimmter Tatsachen (Finden von Gegenständen, Fußabdrücken, Schleifspuren, Kratzspuren usw.) dem mit der Ermittlung betrauten Beamten wichtige Fingerzeige und Aufschlüsse geben.

Aus diesem Grunde ist die nähere Umgebung jeder ausgearbeiteten, auch kurzen Fährte nachträglich sorgfältig nach kriminalistisch verwertbaren Merkmalen abzusuchen und erforderlichenfalls auch noch durch Begleithunde abstöbern zu lassen.

Die mit Hilfe des Hundes aufgezeigten Tatsachen oder diese im Verein mit bereits oder auch später aufgefundenen anderen Tatsachen wird der ermittelnde Beamte bei der Aufklärung des Kriminalfalles nach seinem eigenen sachkundigen Ermessen bewerten.

7. Der Hund scheidet nach vollendeter Fährtenarbeit aus. Auch nicht die Frage, wie der Fährtenhund gearbeitet hat, ob sicher oder unsicher, ist entscheidend. Entscheidend ist lediglich, welche kriminalistisch verwertbaren Tatsachen mit seiner Hilfe gefunden und festgestellt worden sind.

8. Es ist bisher nicht erwiesen, daß der Fährtenhund imstande ist, auf der Menschenfährte oder im Anschluß an die Arbeit auf der Fährte denjenigen Menschen zu identifizieren, der diese Fährte gegangen ist. Es ist deshalb ohne Bedeutung, wie sich der Fährtenhund fremden Personen gegenüber verhält, und gleichgültig, ob er sie verweist oder verbellt.

Das Stellen-, Verweisen- oder Verbellenlassen eines Menschen durch den Fährtenhund sind als Fehler des Führers zu bezeichnen und verboten. Verbellt ein Fährtenhund auf der Fährte oder sonstwie einen Menschen aus eigenem Antrieb, so hat der Führer sofort alle Anwesenden darüber aufzuklären, daß das Verbellen des Hundes den Verbellen in keiner Weise belastet. Unberührt bleibt dadurch selbstverständlich

die Frage, ob ein so verbellter (oder verwiesener Mensch) aus anderen Gründen kriminalistische Aufmerksamkeit verdient.

Fährtenhunde sind deshalb so abzurichten, daß sie nur ihre „Fährte ziehend“ arbeiten, andere Spuren auf der Fährte zeichnen, Gegenstände von Menschenhand auf der Fährte verweisen oder aufnehmen, Personen jedoch überhaupt nicht beachten oder gar stellen und verbellen.

9. Ob ein auf der Fährte gefundener Gegenstand von dem Fährtenleger (Täter) stammt, hat der Ermittlungsbeamte zu prüfen. Als Ergebnis der Fährtensuche hat lediglich zu gelten, daß dieser Gegenstand je nach dem Wetter längstens 24—30 Stunden vorher noch in Menschenhand gewesen ist, da er noch menschliche Witterung trägt.

10. Es ist anzustreben, keine Hunde im Fährtdienst auszubilden und zu verwenden, die bereits eine Ausbildung als Begleithunde erfahren haben oder im Sicherheitsdienst verwendet worden sind.

Fährtenhunde dienstlich oder außerdienstlich (z. B. auf Prüfungen der kynologischen Vereine) als Begleithunde einzusetzen oder vorzuführen, ist nicht gestattet.

Eine erfolgreiche Arbeit des Fährtenhundes ist von einer Reihe von Umständen abhängig, die dem Hundeführer selbstverständlich genau bekannt sein müssen. Unter ihnen sind Wetter und Bodenbeschaffenheit die wichtigsten. Trockenes, heißes Wetter, ausdorrnder Ostwind, harter, staubiger Boden, Asphalt und Steinpflasterung schaffen von vorn herein ungünstige Bedingungen, da sich der Fährtengeruch dann nur wenige Stunden hält. Allerdings kann er unter einigermaßen günstigen Verhältnissen bei nachträglich eintretender, mäßiger Feuchtigkeit wieder aufleben. Eine niedrige Schneedecke behindert eben so wenig wie selbst starker Frost die Fährtensuche. — Der Hund muß in gut ausgeruhtem Zustande die Arbeit beginnen können. Beeinflussungen der Geruchsnerven, wie sie durch längere Eisenbahn- oder Kraftwagenfahrten (Zusammendrängen mehrerer Menschen und Hunde auf engem Raum) herbeigeführt werden, beeinträchtigen selbstverständlich die Spürfähigkeit. Das nach mehrfach aufgetauchten Nachrichten von den Tätern absichtlich ausgeführte Streuen von Pfeffer oder das Ausgießen von stark riechenden Chemikalien hat nach den bisherigen Erfahrungen die Fährtenverfolgung nicht wesentlich erschwert.

Die Aufstellung einer Erfolgsstatistik stößt wegen der unvermeidlichen Abhängigkeit von den erwähnten jeder Voraussicht sich entziehenden klimatischen usw. Ver-

hältnissen auf größte Schwierigkeiten. Immerhin sei die folgende auf sehr sorgfältigen Abwägungen beruhende hier wiedergegeben: In den Jahren 1926—32 hat die Berliner Kriminalpolizei über 10 Fährtenhunde für den praktischen Kriminaldienst verfügt. Angefordert wurden Fährtenhunde in 2833 Fällen. Davon scheiden für die Erfolgszählung aus 1095 Fälle, weil in ihnen die Hunde infolge völliger Vernichtung der Täterspuren vor Eintreffen der Hundeführer überhaupt nicht angesetzt werden konnten. In den restlichen 1738 Fällen waren die Hunde in 566 Fällen erfolgreich — d. h. es wurde ein Täter (Vermißter) ermittelt oder gestohlenen Gut, Tatwerkzeuge oder andere Beweismittel aufgefunden — und in 1178 Fällen ohne nachweisbaren Erfolg tätig. Das bedeutet ein Erfolgsergebnis von 32,2%. Die Erfolgsstatistik der folgenden Jahre bewegt sich, wenn man die Verschärfung der Anforderungen an „erfolgreiches“ Arbeiten beachtet, annähernd auf derselben Höhe. Unter Berücksichtigung der besonderen durch eine Großstadt geschaffenen, zweifellos objektiv ungünstigen Verhältnisse, verdient das Ergebnis sehr beachtlich genannt zu werden. Bei der fortschreitenden Ausbildung von Führer und Hund ist mit Sicherheit eine Steigerung der Erfolge zu erwarten.

Die Behauptung, es bestehe im Dienst der Fährtenhundeführer ein erheblicher Leerlauf, ist nur zu einem sehr geringen Teil zutreffend; völlig unbegründet aber ist es, daraus Einwendungen gegen die Haltung von Polizeifährtenhunden überhaupt herleiten zu wollen. Einmal ist es ein selbstverständliches nobile officium jeder Polizeibehörde, alle für die Sicherheit der ihrem Schutze anvertrauten Volksgenossen dienlichen Hilfsmittel zu besitzen und im besten Zustande zu erhalten, auch wenn jedes einzelne nicht dauernd in Anspruch genommen wird. Weiter aber darf nicht vergessen werden, daß der Dienst der Fährtenhundeführer ja keineswegs nur im Ausarbeiten einer wirklichen Verbrecherfährte besteht, sondern vor allem in dem ständigen Üben der eigenen Führerfähigkeiten und in dem Aufrechterhalten und der weiteren Vervollkommnung der Dressur des Hundes. Gerade dieser bei Wind und Wetter durchzuführende Dienst stellt die härtesten Anforderungen an die nicht immer verdientermaßen in ihren Leistungen gewürdigten Fährtenhundeführer.

III. Die aus der Unterhaltung des Polizeihundwesens erwachsenden Kosten sind gering im Vergleich zu dem, was nicht nur unmittelbar an nachweisbarer Erfolgsarbeit, sondern vor allem an abschrecken-

der Wirkung und damit an Erhaltung von Gesundheit und Leben von Beamten und schließlich auch an zahlenmäßiger Ersparnis von Beamtenkräften gewonnen wird, ganz zu schweigen von den der theoretischen Forschung zu gute kommenden Ergebnissen. Die Kosten fallen als unmittelbare örtliche Polizeikosten der Gemeinde bzw. dem Staat zur Last. Bei der Gestellung eines Polizeihundes außerhalb des Ortspolizeibezirks sind die Beförderungs-, Futter- und Unterbringungskosten als Mehrkosten gemäß § 4 Abs. 2 des Preußischen Polizeikostenges. vom 2. VIII. 1929 (GS. 162) wieder einzuziehen; eine Gebühr oder Vergütung für die Gestellung darf jedoch in keinem Fall in Ansatz gebracht werden (RdErl. Pr. M. d. I. vom 23. I. 1933, MinBliv. I, 84).

Schadenersatzansprüche für Verletzungen, welche Personen bei der Ausbildung in der Staatlichen Zucht- und Abrichtungsanstalt für Polizeihunde in Grünheide erleiden, sind nach dem RdErl. des Pr. M. d. I. vom 28. II. 1933 zu behandeln (MinBliv. I, 239). — Über die allgemeine Ersatzpflicht für Schäden, die durch einen Polizeihund angerichtet werden, verbreitet sich ein Urteil des Reichsgerichts vom 5. IV. 1932 (III 301/31). Danach haftet die Stadtgemeinde für den Schaden durch einen verwilderten Polizeihund, der für den Gebrauch als Polizeihund untauglich geworden ist. Ferner stellt die Entscheidung fest, daß ein Polizeihund nur zupacken darf, wenn sein Herr angegriffen wird, nicht schon, wenn dieser mit widerspenstigen Personen in Streit gerät und selbst handgreiflich wird.

Die Furcht vor etwaiger Schadenshaftung darf aber nicht dazu führen, Abrichtung und Übung der Fährtenhunde nur auf eingegattertem Gelände vornehmen zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß zwecks möglicher Annäherung an die Praxis dauernd auf verschiedenem Gelände geübt werden muß, würden durch die Eingatterung Einflüsse, wie Begehung durch Menschen, Wechsel von Wild und anderen Tieren, ferngehalten werden, die im Ernstfalle von größter Bedeutung zu sein pflegen und daher den Hunden von vorn herein bekannt sein müssen, um überwunden werden zu können.

Für die weitere Entwicklung einer erfolgreichen Verwendung von Hunden im Kriminaldienst ist auf Folgendes hinzuweisen:

Wie man früher aus den Folgen der Versäumnis, nicht genügend scharf zwischen Schutzhund und Suchhund unterschieden zu haben, gelernt hat, so muß in Zukunft ein stärkerer Unterschied als bisher zwischen dem Fährtenhund und dem Begleithund der

Kriminalpolizei gemacht werden. Ersterer hat nur Nasenarbeit zu leisten, dafür aber in einer bis ins Letzte gesteigerten Ausarbeitung. Der Begleithund soll seine Abrichtung zum planmäßigen Stöbern und Abrevieren größerer, unübersichtlicher Geländeteile mit einer Nasenarbeit verbinden, die zum Auffinden dort vorhandener Personen sowie von Menschen verlorener oder versteckter Gegenstände führt. Abrichtung und Übung beider Arten von Hunden unterscheidet sich in fortschreitendem Maße mit einer Steigerung der Anforderungen. Dem entsprechend muß auch auf eine differenziertere Ausbildung der Hundeführer bei der Kriminalpolizei hingearbeitet werden. Vor allem aber ist es wichtig, daß Ausbildung und Führung der für die Kriminalpolizei bestimmten Hunde grundsätzlich von vorn herein in die Hand von im Kriminaldienst erfahrenen Beamten gelegt wird. Hier muß das Prinzip einer weitgehenden Spezialisierung Platz greifen, wobei man auch vor einer völligen Abtrennung dieses Dienstzweiges von den Obliegenheiten der allgemeinen Zucht- und Abrichtungsanstalten nicht zurückschrecken darf. Die Berliner Kriminalpolizei hat in richtiger Erkenntnis der zwingenden praktischen Notwendigkeiten diesen Weg durch Unterhaltung einer besonderen Diensthundeführer-Abteilung (in Friedrichshagen) schon vor längeren Jahren eingeschlagen. Das hat sich durch eine erhebliche Steigerung der Erfolge mehr als bezahlt gemacht. Das beweist weiter aber die Notwendigkeit, der Kriminalpolizei auch in der Provinz einen stärkeren Einfluß auf das Polizeihundewesen einzuräumen. Daß sich hiermit in weiterer Perspektive Gedankengänge verknüpfen, alle (auch außerhalb der Polizei) am Diensthundewesen interessierten Kreise zwecks besserer Ausnutzung der vorhandenen Kräfte, jedoch unter Wahrung ihrer jeweils besonderen Belange zu einer Organisation zusammen zu schließen, sei nur angedeutet.

Schrifttum:

Die Entwicklung des Polizeihundwesens ist nicht zu verstehen ohne nähere Kenntnis der im vorstehenden Text aus verständlichen Gründen nur angedeuteten Streitigkeiten. Aus der hierüber erwachsenen übergroßen Literatur sollen wenigstens die wichtigsten Erscheinungen für diejenigen festgehalten werden, welche den Dingen genauer nachgehen wollen. — Die wichtigsten kynologischen Zeitschriften enthalten seit 1900 zahlreiche Aufsätze über die Polizeihundfrage. Sie alle einzeln anzuführen, ist unmöglich. Es wird daher auf die betreffenden Jahrgänge der „Zeit-

- tung des Vereins für deutsche Schäferhunde“ (SV.-Zeitung); „Der deutsche Polizeihund“, Zeitschrift des ersten deutschen Polizeihundvereins (PHV.-Zeitschrift); „Wild und Hund“; „Deutsche Kynologenzeitung“ und vor allem auf die vorzügliche seit 1931 erscheinende „Zeitschrift für Hundeforschung“ (Berlin) verwiesen.
- Arundel, The police dog, his selection and his training, Police Journal I, 3, London. — Blunk, Die Ausbildung des Hundes zur Spurensicherheit, o. J., Verlag des SV. — Derselbe, Spurensicherheit, SV.-Zeitung 1933, S. 581. — P. Böttger, Anweisung zum Abrichten von Suchhunden für den Ermittlungsdienst, Augsburg 1919. — Derselbe, Anweisung zum Abrichten von Suchhunden auf Grund praktischer Erfahrungen, 4. Aufl., Augsburg 1926. — Derselbe, Rückblicke auf 23 Jahre Diensthundwesen in Berlin, PHV.-Zeitschrift 1928, Nr. 3. — Derselbe, Spürfähigkeitsprüfungen mit Polizeihunden, SV.-Zeitung 1927, Nr. 22. — Derselbe, Etwas aus der Praxis über Sucharbeit auf künstlichen Spuren und auf Täterspuren, SV.-Zeitung 1926, Nr. 5. — Derselbe, siehe unter K. Most. — W. Dahms, Verbrecherspur und Polizeihund, SV.-Zeitung 1926, Nr. 1. — G. Galzow, Was sagt der Kriminalist zur Kriminalnalsuchhundfrage?, SV.-Zeitung 1927, Nr. 13. — R. Gersbach, Dressur und Führung des Polizeihundes, Berlin o. J. — Gerstlauer, Die Verwendung des Hundes im Kriminaldienst, Deutsche Juristenzeitung 1925, Nr. 12. — M. Hagemann, Die Verwertung des Kriminalhundes, Kriminalarchiv der Deutschen Juristenzeitung 1926, Nr. 2. — J. Hansmann, Unter welchen Gesichtspunkten erfolgt die praktische Verwendung des Polizeifährtenhundes?, Zeitschr. f. Hundeforschung 1931, S. 14. — Derselbe, Tätigkeit und Erfolge von Diensthunden bei der Kriminalpolizei, Krim. Monatshefte 1932, S. 128. — Derselbe, Die praktische Bedeutung der Fährtenreinheit des Polizeifährtenhundes, PHV.-Zeitschrift 1930. — Derselbe, Die Physiologie des Riechens in ihrer Bedeutung für die Nasenarbeit des Hundes SV.-Zeitung 1930. — Derselbe, Der Fall „Nest“, PHV.-Zeitschrift 1928, Nr. 6. — Derselbe, Zur Spürhundausbildung, SV.-Zeitung 1928, Nr. 2. — J. Hansmann und P. Böttger, Die Abrichtung des Polizeifährtenhundes, PHV.-Zeitschr. 1930. — Hempelmann, Tierpsychologie, Leipzig 1926. — H. Henning, Der Geruch, 2. Aufl., Leipzig 1902. — O. Henze, Die Erziehung und Abrichtung des Hundes, Berlin. — H. Hyan, Der Kriminalhund und seine Leistungen, Augsburg 1927. — Derselbe, Der Kriminalhund vom Standpunkte des Jägers, Wild und Hund 1927, Nr. 10. — Derselbe, Der Polizeihund, Berliner Montagspost vom 7. II. 1921. — Derselbe, Der Streit um den Kriminalhund, Berliner Montagspost vom 26. VII. 1926. — Janowski, Kapitalverbrechen und Polizeihund, Deutsches Polizeiarchiv 1928, S. 323. — F. Jurisch, Meine Eindrücke über die vom Bayerischen Landesverband durchgeführten Spürübungsversuche, und Kritisch-sachliche Betrachtungen dazu, o. O. u. o. J. — Krack, Die geruchsphysiologischen und psychologischen Voraussetzungen für die Verwendung des Hundes im Kriminaldienst, Krim. Monatshefte 1929, S. 79. — Löhner, Über Fremdentifizierung und Anzeigen von Witterungsübereinstimmung, SV.-Zeitung 1927. — K. Lutz, Beiträge zur Psychologie, Abrichtung und Verwendung des Diensthundes, Würzburg 1920. — R. und R. Menzel, Die Verwertung der Riechfähigkeit des Hundes im Dienste der Menschheit, Berlin 1930. — A. Moll, Psychologische Untersuchungen an Spürhunden der Berliner Kriminalpolizei, Sonderbeilage der Krim. Monatshefte 1927. — K. Most, Versuche und Arbeiten über die Spürfähigkeit, Zeitschrift „Der Hund“ 1926, Nr. 18, 20, 22; 1927 Nr. 19, 20; 1928 Nr. 2, 10; 1930 Nr. 17, 18. — Derselbe, „Der Hund muß aus dem Gerichtssaal verschwinden“, Berliner Tageblatt vom 13. X. 1927. — Derselbe, Kriminalhund und Spürhund, Deutsche Tageszeitung vom 28. XI. 1927. — Derselbe, Abkehr vom Kriminalhund, Berliner Tageblatt vom 7. V. 1929. — Derselbe, Beiträge zur Frage der Verwendung von Hunden im Kriminaldienst, Eisenach 1925. — K. Most und P. Böttger, Leitfaden für die Abrichtung des Hundes, 8. Aufl., Berlin 1933. — E. v. Schaewen, Der Polizeidiensthund im Lichte der Polizeiverwendung, Polizei 1930, S. 5. — Bastian Schmid, Das Seelenleben der Tiere, Wien-Leipzig 1924. — R. Sommer, Tierpsychologie, Leipzig 1925. — v. Stephanitz, Der deutsche Schäferhund, 7. Aufl., München 1923. — Derselbe, Die Erziehung und Abrichtung des Hundes zum Schutzhund, o. J., Verlag des SV. — Derselbe, Die Ehrenrettung des Suchhundes, SV.-Zeitung 1927, Nr. 22. — B. Weiß, Die Verwendung des Polizeihundes in der Kriminalpraxis, Zeitschrift „Der Hund“ 1926, Nr. 4. — Th. Zell, Der Polizeihund als Gehilfe der Strafrechtsorgane. Ein Hilfsbuch für Staatsanwälte, Untersuchungsrichter, Verteidiger und Polizeibehörden, Berlin 1909. — Anonym, „Kriminalhunddämmerung?“ in Deutsche Kynologenzeitung 1926, H. 4.
- Max Hagemann.

Polizeinstitut.

1. Der Staat hat in richtiger Erkenntnis der speziellen polizeilichen Belange eine umfangreiche Schul- und Ausbildungsorgani-